

Abschrift

BUNDESGERICHTSHOF

BESCHLUSS

VI ZA 33/08

vom

27. Oktober 2008

in dem Rechtsstreit

Der VI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 27. Oktober 2008 durch die
Vizepräsidentin Dr. Müller, den Richter Wellner, die Richterin Diederichsen, die
Richter Stöhr und Zoll

beschlossen:

Der Antrag auf Bewilligung der Prozesskostenhilfe für eine
Rechtsbeschwerde des Antragstellers gegen die Entscheidungen des
3. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Dresden vom 4. April 2006 und
der 8. Zivilkammer des Landgerichts Zwickau vom 3. Februar 2006 wird
abgelehnt.

Gründe:

- 1 Der Antrag ist abzulehnen, weil eine Rechtsbeschwerde gegen die
angefochtenen Entscheidungen, insbesondere auch die Entscheidung des
Landgerichts Zwickau vom 3. Februar 2006 keine Aussicht auf Erfolg hat. Gegen
einen Beschluss ist die Rechtsbeschwerde nur statthaft, wenn dies im Gesetz
ausdrücklich bestimmt ist oder das Beschwerdegericht, das Berufungsgericht oder
das Oberlandesgericht im ersten Rechtszug sie in dem Beschluss zugelassen hat. In
dem hier vorliegenden Verfahren über einen Antrag auf Anordnung einer
einstweiligen Verfügung hat der Gesetzgeber eine Rechtsbeschwerde ausdrücklich
ausgeschlossen (vgl. §§ 574 Abs. 1, 542 Abs. 2 ZPO). Deshalb hätte der Antrag auf
Prozesskostenhilfe für eine Rechtsbeschwerde auch keinen Erfolg, wenn dem Kläger
die von ihm beantragte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die
Versäumung der Frist zur Einlegung einer solchen Beschwerde bewilligt werden
könnte.

Müller

Wellner

Diederichsen

Stöhr

Zoll

Vorinstanzen:

LG Zwickau, Entscheidung vom 03.02.2006 - 8 T 33/06 -

OLG Dresden, Entscheidung vom 04.04.2006 - 3 W 239/06 -